

(K)eine automatische Revolution

Konferenz zu
Digitalisierung
und sozialer
Gerechtigkeit

DIE LINKE.

7
12
19

»Smarte Linke« – DIE LINKE und die Digitalisierung

VON JULIA SCHRAMM

Der Begriff Digitalisierung hat seit rund zehn Jahren einen festen Platz in der Welt der Phrasen. Im Zweifel wird einfach ein »4.0« dahinter oder ein »smart« davor gesetzt. Industrie 4.0, Smart Cities, Smart Wasser, es gibt alles. Was das konkret bedeutet? Meist ist es Ausdruck eines Anspruchs, mit der Zeit gehen zu wollen. Aber auch eine gewisse Planlosigkeit kommt mit den sprachlichen Anhängseln. Denn tatsächlich sind die technologischen Veränderungen des letzten Jahrzehnts so tiefgreifend – sie vollständig zu begreifen, ist eine große Herausforderung. Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche und verändert Kommunikation, Handel, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Die digitale Revolution findet statt.

Das Verhältnis zur Technik ist für Linke traditionell ein ambivalentes. Die Maschinenstürmer*innen des 19. Jahrhunderts wendeten sich vor allem gegen die Ausbeutung der Menschen in den Fabriken mit Hilfe der Technik, nicht gegen Technik an sich. Denn Technik und technischer Fortschritt gehören zum Menschen – sie sind Ausdruck menschlicher Fähigkeit, zu gestalten. Aber schon mit der frühen Industrialisierung wurde klar, dass neue Technologien nicht

automatisch dem Menschen dienen. Die Technik veränderte sich, die Herrschaftsverhältnisse nicht. Im Gegenteil: Technische Entwicklung kann gesellschaftliche und soziale Ungerechtigkeit verschärfen.

Technik und Technologie erleichtern das Leben, wenn sie für das Ge-

in soziale Zumutungen umschlagen, wenn sich an den politischen Verhältnissen nichts ändert.« Die politischen Verhältnissen sind für uns als Linke immer die Ausgangsposition: Wie wollen wir leben? Was für eine Gesellschaft wollen wir sein? Wie sieht das ökonomische Fundament aus? Wie wird der erarbeitete Wohlstand verteilt? Diese Fragen auf die Digitalisierung angewendet, bedeuten Umverteilung, neue Regelungen für Gute Arbeit, die Verteidigung und den Ausbau sozialer Standards, Zugang zu Bildung, Recht auf die eigenen Daten und eine gemeinwohlorientierte Ökonomie, die auf Kooperation statt Konkurrenz setzt.

Aber auch die Frage, inwiefern die Digitalisierung ökologisch gestaltet werden kann und muss, ist zentral. Denn fest steht: Technischer Fortschritt darf nicht zu Lasten von Mensch und Natur gehen. Dafür braucht es eine starke Stimme. DIE LINKE ist genau das.

Tatsächlich hat sich die Partei DIE LINKE zu Beginn der Umbrüche durch die Digitalisierung am Anfang des 21. Jahrhunderts ebenso schwer getan wie alle anderen Parteien. Ein zentraler Grund: die Gründung und der kurzfristig immense Erfolg der Piratenpartei. Mittlerweile sind die Ex-Pirat*innen auf alle Parteien verteilt und DIE LINKE ist mitten in der digitalen Revolution angekommen. Sie stellt sich den Themen und den Herausforderungen, sie hat keine Berührungsängste mit Social Media, im Gegenteil ist sie sehr erfolgreich. Sie nutzt die neuen Räume, die Möglichkeiten zu Vernetzung und Austausch, die essentiell für politische Aktivität sind. Dafür steht dieses Heft, aber auch die Konferenz, die sich mit den wesentlichen Fragen der Digitalisierung vertieft und umfassend beschäftigt. DIE Linke – sie ist jetzt 4.0. ◀

Julia Schramm ist
Vorstandsreferentin der Fraktion

Digitalisierung – Chance oder Risiko für emanzipatorische Politik?

*Diese Frage haben wir den Referent*innen der Digitalisierungskonferenz im Vorfeld gestellt. Einige der Antworten sind auf den folgenden Seiten zu lesen.*



meinwohl eingesetzt werden – aber ein autoritärer oder ein kapitalistischer Staat nutzt die Technik, um Macht zu erhalten und auszubauen, um Menschen auszubeuten und zu unterdrücken. All die Lebensbereiche, die durch Technik eine Verbesserung erfahren, kippen so ins Gegenteil. Zum Beispiel beim Thema Infrastruktur: Technik kann beispielsweise effizienteren Stromverbrauch – zum Beispiel mit Hilfe genauerer Verbrauchsdaten – ermöglichen. Auf der anderen Seite ist eine durchdigitalisierte Infrastruktur mit wenigen Klicks angreifbar. Nicht zu vergessen, dass die Politik jeden Tag hunderte Stromsperrungen zulässt – da hilft auch kein exakter Stromzähler.

Man kann es Dialektik des Digitalen nennen: »Die Dialektik der Digitalisierung liegt im Kapitalismus darin, dass die technischen Potentiale

 Weiterlesen

#digitallinks – zehn Punkte für
eine digitale Agenda
<http://gleft.de/3gZ>

Mehr als **300 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente** wurden 2018 durch **Video-Streaming** verursacht.

Quelle: The Shift Project

Helfer oder Hindernis einer sozial-ökologischen Transformation?

VON MICHAEL FISCHER

Die Fortschritte digitaler Technologien sind rasant: Autonome Fahrzeuge werden bereits getestet und maschinelles Lernen liefert verblüffende Resultate bei der Verarbeitung gewaltiger Datenmengen – sei es beim Übersetzen von Sprachen oder dem Erstellen von Persönlichkeitsprofilen. Entsprechend groß sind die Ausschläge zwischen Hoffnung und Horror.

Nun sind Bundesregierung und Unternehmen vor allem um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft besorgt. In den Verwaltungen werden

massive Effizienzgewinne durch die Automatisierung von Verwaltungsvorgängen erhofft. Viel zu selten wird aber die Frage gestellt, wie Digitalisierung bei der Bewältigung drängender Gegenwarts- und Zukunftsfragen helfen kann – beim ökologischen Umbau unserer Wirtschafts- und Lebensweise, dem Abbau von Ungleichheit, der Humanisierung von Arbeit und nicht zuletzt der Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

In ihrer aktuellen Form verschärft Digitalisierung die Probleme: Der CO₂-Ausstoß von Streamingdiensten bewegt sich bereits in der Größenordnung Spaniens, mit Clickworking entsteht ein neues digitales Prekariat, die Hälfte der von Digitalisierung betroffenen Beschäftigten beklagt wachsende Arbeitsbelastung und demokratiegefährdende Tendenzen von Teilen der Netzkultur sind inzwischen unübersehbar.

Wenn Digitalisierung dem Gemeinwohl dienen soll, braucht es eine Debatte darüber, wofür sie eingesetzt werden soll – und wofür nicht. Gesetzliche Vorgaben sind unverzichtbar, reichen aber nicht aus. Es braucht auch einen steuer- und finanzpolitisch auskömmlich ausgestatteten aktiven demokratischen Staat, der sowohl Regeln setzt, als auch seine Beschaffungspolitik an sozial-ökologischen Kriterien wie Tariftreue und Umweltverträglichkeit ausrichtet, und der auch eigene öffentliche Angebote schafft. Erfolgreich lässt sich darauf nur durch die Organisation gemeinsamer Interessen und das Schmieden entsprechender Bündnisse hinwirken: gewerkschaftlich, politisch und zivilgesellschaftlich. ◀

Michael Fischer ist Leiter Politik und Planung bei ver.di

Digitale Demokratie jetzt!

VON KATJA KIPPING

Die Werbung ist voll mit neuen Anwendungen, die unser Leben erleichtern sollen: Essen, Kleidung, ja, die passenden Schrauben können wir online über Amazon und Ebay bestellen. Plattformen wie Airbnb vereinfachen das Reisen. Facebook-Algorithmen senden uns persönlich zugeschnittene Werbung und erinnern daran, was wir vermeintlich noch brauchen. Intelligente Persönliche Assistenten (IPA) wie ALEXA werben dafür, diese Bestellungen nicht mal mehr am Computer oder Smartphone, sondern nur noch mündlich aufzugeben.

Diese neue Welt ist für viele praktisch. Womit wir bezahlen, sind unsere Daten. Denn die sind für Inter-

netgiganten wie Google, Amazon, Apple und Co. Gold wert. Unsere Daten werden buchstäblich zur Ware, mit deren Kontrolle die Konzerne Profit machen. Das Grotteske daran: Wir können meist nicht entscheiden, wer Zugang erhält und wer davon profitiert. Die Konzerne kontrollieren die Daten und das jeweilige Geschäftsmodell. Hier zeigt sich die Dialektik der Digitalisierung: Ihre technischen Potentiale können schnell in soziale Zumutungen umschlagen, wenn sich an den Verhältnissen nichts ändert.

Was wir brauchen, ist digitale Demokratie statt Dauerüberwachung und Kommerz. Als LINKE setzen wir uns dafür ein, dass Menschen die Hoheit über ihre Privatsphäre haben. Das meint zum Beispiel die Verpflichtung zu verständlichen AGBs und ein Recht auf »Mitnahme« der Daten und Beziehungen von einem sozialen Netzwerk zum ande-

ren. Aber es geht um mehr als Datenschutz: Internetgiganten, die sich als Monopole etablieren, Anwendungen und Innovationsgeschwindigkeiten bestimmen, müssen zum Fall für das Kartellamt werden. Sie existieren nur durch unser aller Interaktion und gehören als digitaler Teil der gesellschaftlichen Infrastruktur in Genossenschaftseigentum überführt. Schließlich müssen die Gewinne der Digitalisierung umverteilt werden: Weg von privaten Profiten hin zu öffentlichen Förderfonds für kooperative Eigentumsformen und Techniken. Es braucht Fairbnb statt Airbnb. ◀

Katja Kipping ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Ein linkes Zukunftsjekt

VON BERND RIEXINGER

Die »digitale Agenda« der Bundesregierung ist eine milliardenschwere Subvention für private Konzerne. Die Unternehmensverbände trommeln für weitere »Flexibilisierung der Arbeit«, für den 12-Stunden-Tag. Sie nutzen das Schlagwort »Digitalisierung« für die Aushöhlung von Rechten der Beschäftigten. Auf dem neoliberalen Weg wird Digitalisierung zu mehr prekärer Arbeit führen, die soziale Spaltung vertiefen, werden Überwachungstechnologien und wachsende Konzernmacht die Demokratie weiter aushöhlen. Die Digitalisierung kann aber auch Chancen eröffnen für ein selbstbe-

stimmtes Arbeiten und Leben, für neue Formen der Demokratie, die Alltag, Arbeit und Wirtschaft einschließen. Wie kann das gelingen? Wir brauchen radikale und realistische Vorschläge, die die gesellschaftliche Diskussion verändern und Bündnisse ermöglichen.

Erstens: Als LINKE machen wir Druck, dass Crowd-Worker und Solo-Selbständige in die Renten-, Arbeitslosen- und Gesundheitsversicherung einbezogen werden. Durch Digitalisierung und den Übergang zu Elektromobilität werden Arbeitsplätze wegfallen. Gleichzeitig sind Arbeitsstress und Erschöpfung längst ein Thema, dass viele Beschäftigte verbindet - egal ob sie mit Pflegekitel, im Blaumann, mit Laptop oder Wischmopp arbeiten. Die Zeit ist längst reif für Arbeit, die zum Leben passt. Mit Löhnen, die für ein gutes Leben reichen und kürzeren Arbeits-

zeiten zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche.

Zweitens: Ein Linker Green New Deal für ein neues Wohlstandsmodell, eine klimagerechte Wirtschaft mit fairer Verteilung von Reichtum, Arbeit und Zeit. Dafür braucht es demokratische Entscheidungen, wo investiert wird, wie Digitalisierung sozial und ökologisch gestaltet werden kann. Diese Entscheidung dürfen wir nicht Finanzmärkten und Konzernen überlassen. Die privaten IT-, Telekommunikations- und Forschungsinfrastrukturen sowie die Schlüsselbereiche der Industrie gehören in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum überführt. Nur so können technologische Innovationen demokratisch, gemeinwohlorientiert und ökologisch gestaltet werden. ◀

Bernd Rixinger ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

Eine Frage der Gestaltung

VON SHAKED SPIER

Der aktuelle Digitalisierungsdiskurs bewegt sich zwischen utopischer Fantasie und dystopischem Schreckensszenario. Differenzierung und Empirie spielen eine untergeordnete Rolle, er wird zuallererst politisch und ideologisch geführt.

Digitalisierung auf diese Weise zu diskutieren, heißt unweigerlich, sich zu beschränken auf die Frage von Chance oder Risiko. Denn Chancen gilt es zu nutzen, Risiken zu vermeiden. Die Eingrenzung läuft einem linken emanzipatorischen Politikverständnis zuwider. Denn emanzipatorische Politik erhebt einen Gestaltungsanspruch, der weit über Nutzen und Vermeiden hinausgeht. Einerseits

bedeutet er Mitbestimmung und -gestaltung des eigenen Lebens. Andererseits eine proaktive Einflussnahme auf gesellschaftliche Entwicklungen. Für digitale Technologien würde das zum Beispiel heißen: Entwicklung und Design mitgestalten, Eigentumsverhältnisse sowie Rahmenbedingungen für den Einsatz mitzubestimmen.

Denn Digitalisierung ist kein technisches Phänomen, sondern eine technologisch-getriebene gesellschaftliche Entwicklung, die sich schrittweise in alle Lebensbereiche auswirkt. Die politische Schlussfolgerung ist: Digitalisierung ist als Querschnittsthema für

alle Politikbereiche relevant. Zudem sind mit der Digitalisierung verbundene Fragen weder technisch noch technokratisch zu lösen, sondern politisch, gesellschaftlich und vor allem - demokratisch.

Was bedeutet das für die politische Praxis? Die BAG Netzpolitik definiert in ihrem Diskussionspapier klare Ziele. Erstens: Die Haltung der LINKEN zu Fragen der Digitalisierung klären, in denen Dissens herrscht. Zweitens: Politische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Drittens: Eine positive Zukunftsvision entwickeln. Eine, die die Chancen und Gefahren zwar erkennt, diese aber als Ergebnisse politischen Handelns begreift. Und: Das Papier ist eine Einladung an alle LINKE-Mitglieder und Sympathisant*innen, die Digitalisierung mit uns zu diskutieren und aktiv mitzugestalten. ◀

Shaked Spier ist Sprecher der BAG Netzpolitik der Partei DIE LINKE

 **Weiterlesen**

Diskussionspapier
der BAG Netzpolitik
<http://left.de/3gM>

Nur **3,2 %** beträgt der Anteil der **Glasfaseranschlüsse** in Deutschland. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 26 %. Quelle: Statista

Digitale Dörfer – Chancen der Digitalisierung für das Land

VON ANKE DOMSCHEIDT-BERG

Digitale Dörfer sind der Versuch, die Vorteile der Digitalisierung in den ländlichen Gebieten zu nutzen, um sie noch lebenswerter zu machen. Digitalisierung im ländlichen Raum wird aus Dörfern und Kleinstädten keine Metropolen machen, sie kann aber die positiven Aspekte des ländlichen Raumes erhalten, und Nachteile der Daseinsvorsorge und verschiedener Aspekte der Lebensqualität, wie zum Beispiel ein schlechteres Angebot an medizinischer Versorgung oder kulturellen Angeboten, überwinden. In Ver-

bindung mit den Vorteilen ländlicher Gebiete, zum Beispiel häufig kurzen Wegen und erschwinglichem Grund und Boden, können dort sogar kreative Potenziale umgesetzt und Ideen realisiert werden, die in größeren Städten keine Chance hätten.

In vielen Regionen entstehen aus der Kombination zwischen ländlichem Raum und Digitalisierung vielversprechende innovative Konzepte. Da werden Bahnhofsgebäude umgestaltet zu lebendigen, multifunktionalen Zentren, die Bildungsort und offene Werkstatt für digitale Technologien sind, aber auch Kulturhaus, Repaircafé und Versammlungsstätte, beispielsweise für Vereine. Kleine Kommunen entwickeln gemeinsam eGovernment-Dienste und Bürger-Apps, um Menschen unnötige Wege aufs Amt zu ersparen und dennoch den Anspruch einer bürgerfreundlichen Verwaltung zu erfüllen oder

versorgen den Ort flächendeckend mit schnellem Internet über freies WLAN/LoRaWAN.

Digitalisierung von links heißt, sie gemeinwohlorientiert zu gestalten, also zum Beispiel um die medizinische Versorgung, den Zugang zu Bildung, zu Kultur und Einkaufsmöglichkeiten auf dem Land zu verbessern und gleichzeitig die Notwendigkeit, zur Arbeit pendeln zu müssen, zu verringern.

Auch deshalb gehört eine schnelle und preiswerte Internetanbindung zur Daseinsvorsorge ländlicher Räume. Erst dann öffnet sich der Möglichkeitsraum für innovative Projekte und für eine hohe Lebensqualität im Grünen, die nicht vom eigenen Geldbeutel abhängt. ◀

Anke Domscheidt-Berg ist netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Digitalisierung verändert die Wissenschaft

VON DR. PETRA SITTE

Die Digitalisierung hält in der Wissenschaft Einzug wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen – und beschränkt sich dabei nicht auf Hochleistungsrechner, Datenauswertungen und andere neue Instrumente, sondern ändert die Art und Weise, in der Wissenschaft betrieben wird, von der Lehre bis zur wissenschaftlichen Forschung.

Strukturen und Arbeitsbedingungen sind im Wandel: Wissenschaftliche Kollaboration und Publikation können ganz neue Wege gehen, die dem historisch gewachsenen Wissenschaftssystem Änderungen abverlangen. Ein Beispiel ist die Bewegung

hin zu »Open Access« – wissenschaftliche Arbeiten frei zugänglich zu machen, statt sie über Verlage nur gegen Bezahlung freizugeben. Aus linker Perspektive muss die Frage tiefergehend gestellt werden: Wie kann der Übergang zu neuen Arbeitsweisen und Infrastrukturen begleitet werden, so dass sie möglichst aus der Selbstorganisation der Wissenschaft und nicht von kommerziellen Interessen getragen werden?

Auch die Arbeitsbedingungen in Forschung und Lehre werden durch die Digitalisierung geprägt – und gleichzeitig durch einen zunehmenden ökonomischen Druck und Abhängigkeit von privaten Finanzierungsquellen. Neben der Freiheit von Forschung und Lehre muss es, wie in anderen Bereichen auch, darum gehen, eine Vorstellung von guter Arbeit unter zukünftigen Bedingungen zu entwickeln und zu verteidigen.

Schließlich: Die Rolle, die Wissenschaft in der Diskussion über die Klimakatastrophe spielt – und Kampagnen aus der Wissenschaft heraus wie »Scientists for future« – verdeutlichen aktuell, wie wenig sich Wissenschaft als von der Gesellschaft getrennte Sphäre denken lässt. Auch hier eröffnet die Digitalisierung neue Potenziale, die unter Begriffen wie »Open Science« und »Citizen Science« geführt werden. Die zentrale Frage für uns Linke ist hier: Unter welchen Bedingungen können wir solche Ansätze die Wissenschaft durch die Aufnahme von Fragestellungen und Wissen aus der Gesellschaft auf eine breitere Basis stellen und womöglich sogar Probleme des gesellschaftlichen Vertrauens adressieren? ◀

Dr. Petra Sitte ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik

#Bildung: Emanzipatorisch und für alle offen

VON DR. BIRKE BULL-BISCHOFF

Bildung links und emanzipatorisch heißt, sich selbst zu entdecken, zu verstehen und zu verändern. Menschen sollen selbstbestimmt und wirksam eigene Interessen vertreten, sich kritisch reflektierend an gesellschaftlichen Prozessen beteiligen und diese mitgestalten können.

Was heißt das nun für die Bildung in einer digitalen Welt? Digitale Technologien gewinnen immer mehr Raum im Alltag. Für Jugendliche ist heutzutage das Smartphone kaum noch wegzudenken. Gerade deshalb

müssen sie Gegenstand von Bildungs- und Lernprozessen werden. Bildung in einer digitalen Gesellschaft zielt auf die Herausbildung einer digital mündigen Persönlichkeit ab: Sich selbst ein Bild zu machen, entscheidungsfähig zu werden und letztlich selbst zu entscheiden. Digitale Mündigkeit bedeutet Souveränität: Sich auskennen in unterschiedlichen Betriebssystemen, verstehen, was »hinter« dem Bildschirm passiert, den Schutz eigener Daten im Blick behalten, sich Abhängigkeiten zu entziehen, selbst zu gestalten, abzuwägen, zu verändern, Neues zu erfinden. Die Vermittlung von Medienkompetenz und informatischer Bildung für Lehrende und Lernende spielt dabei eine zentrale Rolle.

Digitale Technologien sind Werkzeuge, kein Selbstzweck. Die Frage ist, wie man mit ihnen umgeht und zu welchem Zweck man sie gebraucht. Werkzeuge, die man emanzipatorisch

nutzen sollte. Die Pädagogik muss die Federführung behalten, nicht IT-Konzerne und Lobbyist*innen. Massenhaft überfluten kommerzielle, digitalisierte Bildungsangebote auf Basis von Nutzerdaten den Markt. Wir müssen die Gefahren, Lernende als Datenobjekte zu missbrauchen, ihre Vermessung und Lernkonditionierung konsequent entlarven und gegensteuern.

Freier Zugang zu freiem Wissen bringt mehr Bildungsgerechtigkeit. Offene Bildung durch frei zugängliche Materialien, freie Lizenzen, Datenschutz und -sicherheit müssen verstärkt in den Fokus rücken. Offene Bildung ist Teilhabe und Mitbestimmung, durch Transparenz und gemeinschaftliches Lernen. ◀

Birke Bull-Bischoff ist bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Arbeit 4.0 – Gute Arbeit stärken!

VON JESSICA TATTI

Der Wandel der Arbeitswelt durch den technischen Fortschritt ist nicht neu. Das Bestreben von Unternehmen, die Produktion durch Automatisierung effizienter und damit gewinnträchtiger zu machen, ist so alt wie die Industrialisierung selbst. In

Kombination mit der globalisierten Arbeitsteilung bildet die Technisierung das Kernstück des Kapitalismus.

Eine Vielzahl von Maschinen erleichtert uns den Alltag und schafft wertvolle Zeit für angenehmere Dinge. Daher liegt für manche der Gedanke nahe, dass uns Maschinen endgültig von der Erwerbsarbeit befreien – sei es als Schreckensszenario oder als Wunschvorstellung. Fakt ist: Ein Ende der Erwerbsarbeit ist nicht in Sicht. Das Arbeitsvolumen ist heute auf dem gleichen Niveau wie noch vor 30 Jahren. Aber: Am Arbeitsmarkt kommt es zu gravierenden Verschiebungen. Die Digitalisierung bringt neue Geschäftsmodelle mit sich. Plattformarbeit wie bei MyHammer, Lieferando, helping und das Crowdfunding bewegt sich in rechtlichen Grauzonen und wird ohne Regulierung zum Einfallstor neuer prekärer Arbeitsformen und sozi-

aler Entsicherung. Viele Beschäftigte leiden unter Arbeitsverdichtung und zunehmendem Stress im Berufsalltag. Homeoffice und mobile Arbeit führen zur Entgrenzung zwischen Arbeit und Privatleben. Die konstante Überwachung und Erfassung von Arbeitsschritten ermöglichen eine lückenlose Verhaltenskontrolle und Leistungsbewertung von Beschäftigten, was eine neue Form der Disziplinierung zur Folge haben kann.

Anspruch linker Politik muss es sein, Digitalisierungs- und Arbeitszeitgewinne gerecht zu verteilen. Risiken müssen durch klare gesetzliche Leitplanken eingedämmt werden. So können Gute Arbeit, Mitbestimmung und soziale Sicherheit auch in Zeiten der Digitalisierung gewährleistet und gestärkt werden! ◀

Jessica Tatti ist Sprecherin für Arbeit 4.0 der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Nutzung

97 % der Jugendlichen besitzen ein eigenes Smartphone. Die tägliche Online-Dauer beträgt durchschnittlich **214 Minuten**.

Quelle: JIM-Studie 2018

Jeder Vierte kann sich den **Einsatz von Telemedizin** vorstellen, bei den 30- bis 39-Jährigen sogar 40 %. Quelle: D21-Digital-Index 2018/19

Verschärfung in der Gesundheitspolitik

VON DR. ACHIM KESSLER

Digitale Gesundheitsanwendungen sind inzwischen fester Bestandteil des Gesundheits- und Pflegesystems. Die bekanntesten sind Gesundheits-Apps. Bislang gibt es aber keine hinreichenden gesetzlichen Vorgaben für die Entwicklung und Herstellung solcher Anwendungen. Auch ihr Einsatz als Behandlungsmethode und ihre Erstattungsfähigkeit sind nicht geregelt.

Durch Digitalisierung könnte die Qualität der medizinischen Versorgung verbessert werden. Es gibt aber ebenso das Risiko des Verlusts sensibler Gesundheitsdaten und die Ge-

fahr einer verschärften Arbeitsverdichtung und -kontrolle. Digitale Anwendungen können auch zur bloßen Kostenreduzierung und Kürzung von Leistungen missbraucht werden.

Es gibt deutliche Widersprüche zwischen den Interessen der Patientinnen und Patienten an einer qualitativ hochwertigen und bedarfsorientierten Versorgung gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen, die ein Interesse an Kosteneinsparung haben. Insbesondere aber gegenüber der Gesundheits- und IT-Wirtschaft, die vor allem Profit im neugeschaffenen Markt digitaler Anwendungen machen will.

Spätestens mit dem aktuellen Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) werden sich diese Interessenskonflikte noch verschärfen: Gesetzliche Krankenkassen erhalten die Möglichkeit, als Anteilseignerinnen Spekulationskapital zu erwerben. Dafür können

sie zwei Prozent ihrer Rücklagen, die mühsam durch die Versicherten eingezahlt wurden, einsetzen. Sie können selbst in diejenigen IT-Konzerne und digitale Gesundheitsanwendungen investieren, die ihnen den größten Wettbewerbsvorteil sichern.

DIE LINKE muss sich im Feld der Gesundheitsversorgung für den Datenschutz und umfassende Mitbestimmung im Sinne von Patienten und Patientinnen und der Beschäftigten einsetzen.

Denn unter deregulierten kapitalistischen Bedingungen werden neue Gesundheitstechnologien hinter den bestmöglichen Lösungen zurückbleiben, schon bei ihrer Entwicklung stehen sich Profit und Patienteninteresse entgegen. ◀

Dr. Achim Kessler ist gesundheitsökonomischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Smart City: Digitaler Kapitalismus im analogen Stadtraum

VON KATALIN GENNBURG

Digitalisierung findet auch im gebauten Raum statt. Das Paradigma der »Smart City« hat in den letzten Jahren weltweit buchstäblich Land genommen. Die Idee der »intelligenten« und der Wunsch nach der »selbst denkenden« Stadt geht mit dem Versprechen des Silicon Valley eines innovativen Entwicklungskonzepts einher. Es suggeriert, kluger Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien könne Städte effizienter, moderner und inklusiver machen und zugleich

das dringlichste Problem unserer Zeit, den Klimawandel, bewältigen.

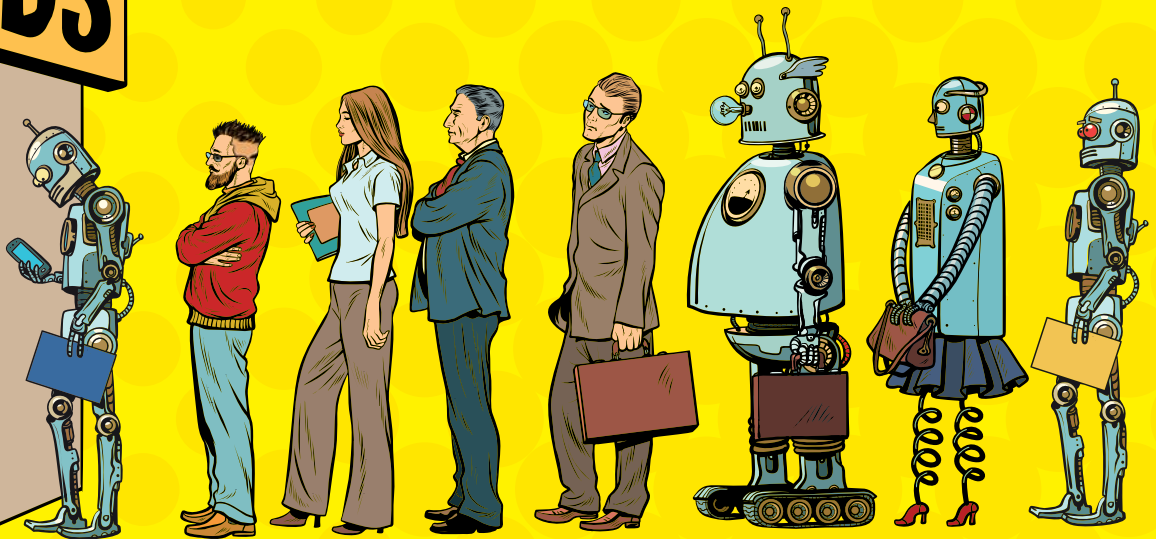
Die Sorgen um Klimapolitik und Trends der erneuerbaren Energien befördern technische Lösungsangebote für das persönliche Umfeld der Menschen: digitalisierte »Smart Homes« für Stadtbewohner*innen in Smart Cities – so die Ideen der Investor*innen und Produktentwickler*innen.

Momentan bestimmen technizistische Ansätze und ökonomische Interessen die Debatte – die soziale Frage bleibt außen vor. Zudem sind die ökologischen Kosten des Ressourceneinsatzes für den Absatzmarkt von Technikprodukten gigantisch. Wie viel Coltan wird für die Ausstattung aller Berliner Mietwohnungen mit Tablets zur Heizungssteuerung benötigt, auf wessen Kosten geht das? Wie wird Datensicherheit und Datenschutz gewährleistet, wenn Google und Amazon private Haushalte mit überwachungskompatiblen Geräten wie ALEXA fluten?

Eine Smart City von links einzufordern kann deshalb nur heißen: Digitalisierung städtischer Infrastrukturen, Vergesellschaftung der Infrastrukturen auf dem Land, Technologiesouveränität und Mitbestimmung. Digitaler Infrastrukturalismus? Ja, Datensouveränität und gemeinwohlorientierte Technologiepolitik sollen die profitorientierte Datenverwertung durch Tech-Giganten stoppen. Unsere Städte sind keine Absatzmärkte für technischen Schnickschnack und Datentankstellen für Plattformkapitalist*innen. Wir streiten für kommunale Selbstverwaltung und Souveränität und wollen dafür Non-Profit-Anwendungen im analogen wie im digitalen Raum. ◀

Katalin Gennburg ist Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, Stadtforscherin und Mitglied im Parteivorstand der LINKEN

JOBS



Du wirst Deinen Job an einen Roboter verlieren – und zwar schneller als Du denkst«, warnte ein Blogger jüngst in einem Beitrag über Robotik und Künstliche Intelligenz. Roboter könnten nicht nur 40, sondern 168 Stunden die Woche arbeiten, »kein Kapitalist mit klarem Verstand würde weiterhin Menschen beschäftigen«. Die Vorstellung, dass lebendige Arbeit überflüssig wird, ist nicht neu. Schon vor 100 Jahren hieß es in einer Metallarbeiterzeitung, dass »Maschinenmenschen« bald zum industriellen Einsatz kommen könnten, Massenarbeitslosigkeit dauerhaftes Phänomen werden würde. Nichts davon ist eingetreten. Und es ist auch für die nahe Zukunft nicht zu erwarten. Der Historiker Kim Moody kritisiert an solchen Vorstellungen, dass sie regelmäßig den gesellschaftlichen Kontext ausblenden. Abgesehen davon, dass Roboter in ihren Einsatzmöglichkeiten überschätzt werden und auch nicht jeder Roboter gleich Arbeitskraft ersetzt, ist es vor allem der politökonomische Rahmen,

Wir sind die Roboter

Die Vorstellung, das lebendige Arbeit überflüssig wird, ist nicht neu
VON SABINE NUSS

an dem sich Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen orientieren. Roboter sollen nicht die Arbeit erleichtern, sondern sie sollen eine maximale Verwertung des eingesetzten Kapitals ermöglichen. Ob in Technologien investiert wird, hängt daher ab von der zu erwartenden Nachfrage, vom vorhandenen Kapital, davon, ob Kapital in anderen Sphären, etwa

auf den Finanzmärkten, nicht rentabler angelegt werden kann. Vor allem aber davon, ob die Steigerung der Produktivität mit menschlicher Arbeitskraft nicht billiger zu haben ist. So wird in manchen Niedriglohnbranchen eher in Technologien investiert, die die billige menschliche Arbeitskraft überwachen und intensivieren, um die Produktivität zu steigern. Ein Hauptgrund für den schleppenden Einsatz von Robotern sieht Moody in der wirtschaftlichen Entwicklung, die von wiederkehrenden Krisen gekennzeichnet ist. Letztere waren ihm zufolge auch der wichtigere Grund für den Verlust von Arbeitsplätzen in den USA, nicht der Einsatz von Robotern. Eine Roboterrevolution ist nicht zu erwarten. Zumindest nicht unter diesen Bedingungen. ◀

Zum Weiterlesen:

Florian Butollo / Sabine Nuss:

Marx und die Roboter.

Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit,

Karl Dietz Verlag Berlin 2019



**DISPUT
ABONNIEREN!**

Diese Beilage wurde zuerst im Disput veröffentlicht. Disput ist die monatlich erscheinende Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE. Weitere Texte, weitere Infos und das Abo-Bestellformular unter: <https://www.die-linke.de/disput>